Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inl.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
In Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 17. **Sonnabend** den 17. Januar 1891. **85. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 18. Januar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Kirchenvorstandswahl für Leipzig-Volkmarsdorf.

Die **Kirchenvorstandswahl** ist von dem unterzeichneten Wahlausschuß auf

Sonntag, den 18. Januar d. J.

angesetzt worden und wird im Bezirk unseres Bezirkes (XVI. Bezirksschule, Bogislavstraße) nach dem Gottesdienst **Vormittags ½11 Uhr bis Mittags 12 Uhr** vorgenommen werden.

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

1) **Stimmberechtigt** sind diejenigen, welche vom 2. bis 4. d. M. der erlassenen Bekanntmachung gemäß sich angemeldet haben und in die seitdem geprüfte Wählerliste aufgenommen sind.
2) Die Wahl hat durch **persönlich** zu bewirkende Abgabe eines **Stimmzettels** zu erfolgen; jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur **in eigener Person** ausüben.
3) Jeder Wähler hat **8 Gemeindeglieder**, welche Leipzig-Volkmarsdorf angehören, und mindestens 30 Jahre alt sind, nach Vor- und Zunamen, Stand und Beruf genau zu bezeichnen.

Wir fordern hiermit die stimmberechtigten Gemeindeglieder auf, **Sonntag, den 18. Januar**, innerhalb der genannten Stunden ihr kirchliches **Wahlrecht auszuüben** und „ihr Augenmerk auf Männer von gutem Ruf, bewährtem christlichen Sinn, kirchlicher Einsicht und Erfahrung" zu richten.

Leipzig-Volkmarsdorf, den 10. Januar 1891.

Der Wahlausschuß.
Diakonus Weickert, Stellvertreter Lohse, Schlossermeister Julius Herrmann, Schornsteinfegermeister Friedrich Röbert, Schulcassenverwalter Theodor Kirchner, Zimmermeister Ernst Hempel, Holzbildhauer Alfred Bleiltz.

Städtische Realschule in Leipzig-Reudnitz.

Anmeldungen zur Aufnahmeprüfung werden **Mittwoch, den 14. Januar**, früh von **10—12 Uhr, Freitag, den 16., und Sonnabend, den 17. Januar**, von **9—12 Uhr** entgegen genommen.

Bei der Anmeldung sind der Geburts- und Impfschein, sowie die letzte Censur oder das Censurbuch des Knaben vorzulegen. Die persönliche Vorstellung des Knaben ist erwünscht.

Die **Aufnahmeprüfung** findet für alle Classen **Mittwoch, den 11. Februar** (Aschermittwoch), von **früh 8 Uhr** an statt.

Leipzig-Reudnitz, den 12. Januar 1891.

Dr. Th. Gelbe, Director.

Israelitische Religionsgemeinde.

Die zur Theilnahme an meinem **Religionsunterrichts-Cursus** neuangemeldeten Schüler versammeln sich

Sonnabend, den 17. d. M., 5½ Uhr Abends,

im **großen Sitzungssaale des Synagogengebäudes** zur Verabredung der festzusetzenden Unterrichtszeit.

Rabbiner Dr. **Porges.**

Bekanntmachung,

den Zinsfuß der Sparcasse zu Liebertwolkwitz betr.

Gemäß §. 15 der hiesigen Sparcassenordnung vom 1. December 1885 bringen wir hierdurch zu öffentlicher Kenntniß, daß wir mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde beschlossen haben, den **Einlagen-Zinsfuß** der in unserer Verwaltung stehenden Sparcasse allhier **vom 1. April 1891 ab** von 3½ auf **3¾ % — Drei und ein halb Procent** — zu erhöhen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir dem Einlagenzinsfuß entsprechend auch den Hypothekenzinsfuß ab 1. April 1891 geändert und festgesetzt haben, und daß daher von dem genannten Zeitpunct ab alle aus unserer Sparcasse auf auswärtige Landgrundstücke ausgeliehenen Capitalien mit 4¼, die auf auswärtige Hausgrundstücke geliehenen Capitalien aber mit 4¼ % zu verzinsen sind.

Liebertwolkwitz, am 15. Januar 1891.

Der Gemeinderath.
Dyck.

Aus Südamerika.

* Die südamerikanische Revolutionswelle, welche in den kleinen Republiken nahe dem Aequator ausbrach, seinerzeit das brasilianische Kaiserreich hinwegfegte und in Argentinien einen Wechsel der leitenden Persönlichkeiten zu Wege gebracht hat, ist im weiteren Verfolg ihrer Bahn nun bis nach **Chile** gekommen und hat auch dort eine Erschütterung des politischen status quo hervorgerufen. Nach den Anfangsmeldungen des transatlantischen Kabels mußte man sogar auf den Ausbruch einer richtigen Revolution in dem dort landesüblichen summarischen Stil schließen. Nachträglich stellt sich indeß heraus, daß die Sache doch nicht ganz so gefährlich ist, als sie zuerst gemacht wurde. Das Geschehene scheint die Tragweite eines bloßen Putsches, und noch dazu eines auf gut Glück versuchten, aber schlecht berechneten und deshalb im Vorhinein zur Erfolglosigkeit verurtheilten Handstreiches nicht zu überschreiten. In Chile existirt nämlich ein sehr lebhafter Gegensatz zwischen der ausführenden und der gesetzgebenden Gewalt. Erstere ruht in der Hand des Präsidenten **Balmaceda**, eines sehr energischen und befähigten Politikers, der die Rechtssphäre Anderer achtet, aber dasselbe auch für seine eigene Rechtssphäre beansprucht. Das parlamentarische Streberthum fühlte sich durch die bestimmte, autoritative Amtsführung des Präsidenten wohl jedenfalls in seinen verfassungsmäßigen Gefühlen verletzt, und revanchirte sich durch allerlei constitutionelle Chicanen, mittelst deren die Regierung mürbe gemacht werden sollte. Präsident Balmaceda durchschaute dieses Verlangen seiner Gegner, zog es aber vor, sie in ihrer eigenen Schlinge zu fangen. Er ließ die ordentliche Kammertagung in aller Gemüthsruhe zu Ende gehen. Wenn die Opposition aber durch Verweigerung des Budgets einen Haupttrumpf auszuspielen und die Regierung zur Einberufung einer außerordentlichen Session zu zwingen gemeint hatte, so wurde sie durch die Handlungsweise Balmaceda's alsbald, wenn auch nicht eben zu ihrer Freude, eines anderen belehrt. Derselbe berief keine **außerordentliche** Session, sondern behalf sich, was sein gutes verfassungsmäßiges Recht ist, mit der eigenmächtigen Verfügung provisorischer Zwölftel. Darob großer Aerger der getäuschten Opposition und der Versuch eines kleinen Revolutionsintermezzos. Die Führer der widerhaarigen Kammermehrheit erließen einen Protest und schifften sich mit ihrem Anhange auf drei chilenischen Kriegsschiffen ein, deren Capitaine zu den Meuterern in Beziehungen standen. Diesem vielversprechenden Anfang fehlte jedoch die entsprechende Fortsetzung. Es zeigte sich, daß die öffentliche Meinung auf der Seite des Präsidenten stand; das Volk blieb ruhig, die Armee desgleichen, und nicht einmal das Gros der Flotte, 28 Schiffe, machte Miene, dem Beispiel der drei Abtrünnigen zu folgen. Damit erscheint das Schicksal des Meutereiversuchs endgiltig besiegelt. Die Regierung hat sofort energische Maßregeln zur strictesten Wahrung ihrer Autorität getroffen; in Valparaiso ist der Belagerungszustand proclamirt und Verhaftsbefehle sind gegen die Schuldigen erlassen. Dieser Fehlschlag der chilenischen Emeute dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach die letzte Etappe der jüngsten südamerikanischen Revolutionswelle bilden, deren Kraftentwickelung in demselben Maße, als sie weiter vorrückte, abgenommen hat.

* **London**, 15. Januar. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus Lima hat sich die **chilenische Flotte** am 7. Januar gegen die Regierung empört und die Küste zwischen Iquique und Coquimbo blockirt. Die Armee halte unerschütterlich zur Regierung. Zu Lande seien keinerlei Ruhestörungen vorgekommen. Die Behörden von Iquique hätten den im Hafen befindlichen Kohlenschiffen angezeigt, daß dieselben innerhalb 24 Stunden ihre Ladung löschen müßten. Nach Ablauf dieser Frist habe das Kriegsschiff „Cochrane" einen Theil der Ladung des Dampfers „Santiago" mit Beschlag belegt. Die chilenische Schifffahrtsgesellschaft habe ihre Fahrten in den chilenischen Gewässern eingestellt. Die Telegraphenlinien zwischen Valparaiso und dem Norden seien unterbrochen.

Leipzig, 17. Januar.

* Wie die Nachricht von dem zu erwartenden Rücktritt des Consistorial-Präsidenten Hegel, so war auch die, daß der Präsident des preußischen Oberkirchenraths, D. **Hermes**, an seinen **Rücktritt** denke, bestritten worden. Jetzt ist sie nun bestätigt. D. Hermes ist seit 1878 Präsident des evangelischen Oberkirchenraths; er wurde damals der Nachfolger Herrmann's in dieser Stellung, ein Personenwechsel, welcher den Verzicht auf die von Herrmann repräsentirte versöhnliche Richtung in der Leitung der evangelischen Kirche bezeichnete. D. Hermes war nicht gerade ein Eiferer von der Art Hegel's; in der ersten Zeit seiner Amtsführung war sogar eine entschiedene Veränderung in der Haltung des Oberkirchenraths kaum bemerkbar. Aber je länger, um so mehr gab Herr Hermes der nach der unumschränkten Herrschaft in der evangelischen Kirche strebenden orthodoxen Partei nach, und schließlich war zwischen ihrem Verhalten und dem der obersten kirchlichen Behörde kaum noch ein Unterschied zu finden. Wesentlich die Schuld dieser unter der Leitung des Herrn Hermes ist es, wenn die Synodalverfassung gegen ihren Geist durchgeführt und so, anstatt eines Mittels der Versöhnung und des Zusammenwirkens, ein solches der Unterdrückung jeder freieren Richtung in der evangelischen Kirche geworden ist. Zunächst ist freilich weder mit dem Rücktritt des Herrn Hegel, noch mit dem des Herrn Hermes viel gewonnen; Alles wird darauf ankommen, wer ihre Nachfolger sein werden.

* Der „Deutsche Reichsanzeiger" bringt folgende bereits kurz erwähnte Auslassung:

Die Handweber im schlesischen Eulengebirge haben sich im April und Mai vorigen Jahres an Se. Majestät den Kaiser und König mit Immediateingaben gewandt, in welchen ihre bedrängte Lage geschildert und um Abhülfe gebeten war. Die auf Allerhöchsten Befehl durch den Minister für Handel und Gewerbe angeordneten Erhebungen haben dargethan, daß zwar ein acuter, außerordentliche Maßnahmen erheischender Nothstand nicht vorliegt, daß die Erwerbsverhältnisse der Handweber aber seit Jahrzehnten höchst dürftige sind und zur Deckung des nöthigsten Lebensunterhaltes nur nothdürftig ausreichen. Die Ursachen dieser bedrängten Lage der Handweber liegen einerseits in der übermächtigen Concurrenz der mechanischen Weberei und andererseits in dem überaus zähen Festhalten der Weberbevölkerung an ihrem überkommenen Berufe. Alle bereits unternommenen Versuche, die Handweber aber ihre Kinder zu anderen Erwerbszweigen, zur Landwirthschaft, zum Bergbau, zum Handwerk oder zur Groß-Industrie überzuführen, sind bisher an dem Widerwillen der Weber gescheitert. Sieziehen es vor, bei ihrer eine freie Bewegung gestattenden Hausindustrie ein kümmerliches Dasein zu fristen, als sich der strafferen Arbeitsordnung in einem anderen Erwerbszweige zu unterwerfen. — Die von einigen Zeitungen verbreitete Nachricht, daß die Immediateingabe der schlesischen Weber nicht zur Allerhöchsten Kenntniß gelangt sei, entbehrt der Begründung. Se. Majestät der Kaiser und König hat vielmehr aus Anlaß der eingangs erwähnten, zur Allerhöchsten Kenntniß gelangten Eingaben die lebhafteste Theilnahme an der mißlichen Lage der Weber im Eulengebirge bekundet und eine eingehende Erörterung derjenigen Maßnahmen befohlen, welche zur Herbeiführung einer Besserung dieser Verhältnisse geeignet sind. Sowohl im Sommer als auch im December vorigen Jahres haben demzufolge gründliche Berathungen und Untersuchungen seitens der Provinzialbehörden stattgefunden. Es liegt auf der Hand, daß derartige Uebelstände nicht sofort durch staatliche Anordnungen zu beseitigen sind und daß die schwierige Aufgabe, eine zwar fleißige und genügsame, durch lange Gewohnheit und Ueberlieferung aber in ihrer Energie und Selbsthülfe erschlaffte hausindustrielle Bevölkerung allmälig zu anderen Erwerbszweigen überzuführen, nur in einem längeren Zeitraum gelöst werden kann. Gegenüber den übertriebenen Schilderungen der Tagespresse muß aber nochmals betont werden, daß die Lage der Weber im Eulengebirge gegenwärtig nicht bedenklicher ist als seit Jahrzehnten und daß ein acuter Nothstand nicht vorliegt.

* Der Universitätsprofessor Ziegler in Straßburg, welcher von der „Frankfurter Zeitung" als Einsender der Nachricht bezeichnet wurde, daß dem Fürsten Bismarck der mecklenburgische Ministerposten angeboten sei, hat die „Straßburger Post" zu der Erklärung ermächtigt, daß die betreffende Zeitung mystificirt worden sei, da er die Nachricht nicht eingesendet, geschweige denn die Verantwortung für dieselbe übernommen habe; er habe von der Nachricht überhaupt zum ersten Mal gehört, als dieselbe von den Blättern abgedruckt und besprochen wurde.

* Aus Berlin wird gemeldet:

Die Einrichtung des Staatsschuldbuches bezweckte, der Bevölkerung die Anlegung ihrer Capitalien in Staatsschuldverschreibungen zu erleichtern und damit den Absatz der letzteren innerhalb des Landes zu fördern. Dabei war weniger der finanzielle Gesichtspunct der Gewinnung eines weiteren Marktes für diese Papiere als vielmehr die Erwägung maßgebend, daß es im staatserhaltenden Interesse liegt, wenn die Bürger des Staates in möglichst ausgedehnter Masse zugleich dessen Gläubiger sind. Letzteres zeigt sich vor Allem in Frankreich, dessen Rente sich zum großen Theile in den Händen der inländischen Capitalisten, und zwar hauptsächlich in den Händen mittlerer und kleiner Capitalisten sich befindet. Hier hat das in dem weitverbreiteten Rentenbesitz liegende conservative Element sich als nützliches und wirksames Gegengewicht gegen die vielfach hervortretenden auflösenden Bestrebungen erwiesen und nicht wenig zu der Befestigung und Beruhigung der Verhältnisse beigetragen. Bei uns hat zwar das Staatsschuldbuch für die Anlegung größerer Capitalien in preußischen Schuldverschreibungen sich sehr nützlich und werthvoll erwiesen. Auch sonst hat der Absatz im Lande zugenommen. Allein gerade in dem Mittelstande in Stadt und Land sind die inländischen Staatspapiere keineswegs so verbreitet, wie dies zu wünschen und bei einem Course sehr wohl möglich wäre. Zum Theil liegt die Ursache dieser Erscheinung wohl darin, daß den großen Publicum auch die Staatspapiere zumeist nur durch Vermittelung des Bankiers zugänglich werden. Da durch erwachsen den Personen, welche ihre Ersparnisse zinsbar belegen wollen, nicht nur Kosten an Provisionen 2c., sondern sie werden auch vielfach von den Staatspapieren auf andere Anlagewerthe hingelenkt, deren Absatz dem Bankier einen größeren Gewinn abwirft, als der Verkauf von Consols. Es soll daher dem Vernehmen nach Fürsorge getroffen werden, daß in der Folge alle königlichen Cassen und Zahlstellen, von den Regierungscassen abwärts bis zu den Kreis- und Localcassen, wie die verschiedenen Reichsbankanstalten in die Lage versetzt werden, dem Publicum Staatsschuldverschreibungen nach Bedarf kostenfrei zu liefern. Es wird auf diese Weise den Capitalisten, welche ein sicheres Anlagepapier zu erwerben wünschen, die bequemste und vortheilhafteste Gelegenheit eröffnet, inländische Staatspapiere anzukaufen.

* Bei der Landtagsersatzwahl im 6. Liegnitzer Wahlkreise (Jauer-Bolkenhain-Landeshut) wurde der Landrath Freiherr v. **Richthofen** (deutsch-conservativ) einstimmig gewählt.

* Die württembergische Abgeordnetenkammer beschloß mit 44 gegen 28 Stimmen über den Artikel, betreffend die Einräumung von Sitz und Stimme im Gemeinderath an die Höchstbesteuerten, zur Tagesordnung überzugehen.

* Einem Telegramm der „Meyer Presse" aus Rom zufolge ist Dr. **Fritzen** zum Bischof von Straßburg und Dompfarrer **Marbach** zum Auxiliarbischof ernannt worden.

* * *

* Als weitere **Volkszählungsergebnisse in Oesterreich-Ungarn** werden gemeldet: Krakau 75 332 Einwohner (einschließlich der Garnison von 7500 Mann), Lemberg 113 646 (+ 10 224), Ofenpest 466 000 (1880: 360 551), Preßburg 51 000 (48 300), Brünn 92 000 (79 200); Wiener Vororte: Rudolfsheim 41 290 (+ 11 510), Hernals 71 000 (+ 10 693), Unter-Meidling 43 000 (+ 11 449), Ober-Döbling 14 155 (+ 5399), Neu-Lerchenfeld 42 621 (+ 16 964), Sechshaus 14 060 (+ 1410), Ottakring 62 781 (+ 24 000), Währing 60 140 (+ 19 000). Bedeutsam bei Teschen 7435 (6059), Aussig ca. 24 000 (16 524), Saaz 12 700 (10 100), Brüx 14 792 (10 136), Pilsen 50 132 (+ 11 173), Kommotau 13 024 (+ 3000), Tranteau 13 396, darunter 824 Czechen, gegen 11 023 bezw. 1399 Czechen im Jahre 1880, Gablonz 14 108 (9032), Warnsdorf 17 400 (14 162), Rumburg 10 157 (10 142), Zwickau 5700 (5124), Karlsbad 12 161 (10 579), Karolinenthal 17 530 (14 779), Teplitz 17 238 (14 841), Braunau 7055 (5830), Pribram 12 687 (11 171), Leitmeritz 11 129 (10 854), darunter 1165 Czechen gegen 1417 im Jahre 1880.

* Der Niederösterreichische Landtag ist am Donnerstag geschlossen worden. Der Landmarschall brachte ein dreifaches **Hoch auf den Kaiser** aus, welcher seiner Sympathie für Wien durch die Sanctionirung der Gesetzvorlage, betreffend Groß-Wien, Ausdruck gegeben und dadurch 1½ Millionen Menschen glücklich gemacht habe.

* Am 28. December (9. Januar 1891) starb in **Reval** der mag. jur. **Wilhelm Greiffenhagen**. Mit ihm ist einer der besten Männer der **Ostseeprovinzen** hingegangen, der in treuer Vertretung des deutschen Wesens und des Landesrechts bis ans Ende beharrt hat. Als Redacteur der „Revaler Zeitung", die er ins Leben rief, ist er in hervorragender Weise publicistisch thätig gewesen, während er sich gleichzeitig als Historiker und Jurist einen über die Provinzen hinaus anerkannten Namen geschaffen hat. Greiffenhagen war Syndicus der Stadt Reval und wurde nach Aufhebung der alten hansischen Stadtverfassung und Einführung der russischen Städteordnung zum Stadthaupt von Reval erhoben. Von dieser Stellung entsetzte ihn ein kaiserlicher Ukas im Sommer 1886, weil er sich weigerte, die auf administrativem Wege versuchte Einführung der russischen Geschäftssprache in städtische Angelegenheiten mitzumachen. Seiner sämmtlichen Stellungen beraubt, lebte der noch völlig geistesfrische Mann wissenschaftlicher Arbeit, in festem Gottvertrauen und in der Zuversicht, daß auch seiner Heimath einst bessere Tage kommen werden. Wenige Wochen vor seinem Tode ernannte ihn die Kurländische Gesellschaft für Literatur und Kunst zu ihrem Ehrenmitgliede, aber der Gouverneur von Kurland cassirte die Wahl. Das war der letzte Dank, den ihm die russische Regierung für ein Leben treuester und gewissenhaftester Arbeit zollte. Er ruhe in Frieden.

* Die „Agence de Constantinople" ist ermächtigt, die Nachricht der „Times", daß die Botschafter Englands und Italiens in der **Affaire Lupki** freundschaftliche Vorstellungen bei der Pforte erhoben hätten, als eine Erfindung zu bezeichnen.

* Der französische Senat wählte **Leroyer** mit 168 von 176 Stimmen wieder zum Präsidenten. Zu Vice-Präsidenten wurden Chalamel-Lacour, Merlin und Demolle gewählt. — In der Kammer nahm **Floquet** den Sitz des Präsidenten ein und hielt eine Ansprache, in welcher er auf die wichtigen finanziellen Reformgesetze und insbesondere auf die schwierige Frage des Zolltarifs hinwies, welche die Kammer in dieser Session beschäftigen würden. Die Republik beabsichtige nicht ihren Sieg zu mißbrauchen, sie müsse aber denselben zum Vortheile Derer ausnutzen, welche am meisten der Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Solidarität bedürften. Auch dürften die Republikaner sich nicht überrumpeln lassen von Denjenigen, welche aus der Republik die republikanischen Gesetze, Anschauungen und Hoffnungen beseitigen wollten. (Anhaltender Beifall.) Die Kammer beschloß die Affichirung dieser Rede. — Spuller wurde mit 148 Stimmen zum vierten Vicepräsidenten gewählt.

* Der „Insuppressible", das Organ der Partei O'Brien's, theilt mit, daß Parnell eingewilligt habe, zurückzutreten.

* Aus London, 13. Januar, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Seit gestern hat die **Fischereifrage im Behrings-Meer** das diplomatische Fahrwasser verlassen. Was läßt sich auch mit den diplomatischen Mitteln der alten Welt gegen einen Krakehler wie der Staatssecretair Blaine ausrichten, der in der pan-amerikanischen Idee und der Ausschließung jedes nichtamerikanischen Einflusses schwelgt! Lord Salisbury hat dies offenbar eingesehen und daher im Verein mit der canadischen Regierung die Frage auf das bloße Rechtsgebiet hinübergespielt. Der britische Gesandte Sir J. Pauncefote ließ gestern beim Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten gegen das Urtheil des Districtsgerichtshofs von Alaska Einspruch einlegen, und zwar im Anschluß an die Wegnahme des canadischen Schooners „W. P. Sayward". Im Jahre 1887 ward derselbe auf offener See wegen unbefugten Robbenfangs von dem Zollkutter „Rush" mit Beschlag belegt und in Sitka abgeurtheilt. Noch schwebt die Berufung von dem Urtheile dieses Districtsgerichtshofs an den Obersten Gerichtshof in der Luft; bei der Erwerbung Alaskas ward dies übersehen; aber dem Congreß liegt ein Entwurf zur Ausdehnung der Gerichtsbarkeit auf den Districtsgerichtshof vor. Fällt der Anspruch gegen Blaine aus, so kann er sich trotz seiner Niederlage mit Ehren zurückziehen; er weicht vor dem Gesetz des eigenen Landes, nicht vor den Erfindungen einer auswärtigen Diplomatie. Selbst aber, was nicht undenkbar ist, die amerikanischen Richter sich auf seine Seite stellen, so wird er, umkleidet mit einheimischem Beifall, für Lord Salisbury doppelt furchtbar werden. Ein Krieg mit Amerika — Niemand denkt daran, weder hier noch in Canada. Die englische Marine mag der amerikanischen noch so sehr überlegen sein; man vergißt nicht, wie wunderbar schnell die Vereinigten Staaten im Kriege mit den Südstaaten Armeen aus der Erde stampften. Auch hat bis jetzt Niemand daran gezweifelt, daß die amerikanische Kreuzerflotte im Kriegsfalle die Verpflegung und den Handel Englands empfindlich werde schädigen können. Den englischen Panzerschiffen liegen die Küsten Amerikas offen; Amerika aber pocht darauf, daß es, ungleich den europäischen Mächten, keine Feinde in seinem eigenen Continente hat, die den Augenblick der Gefahr dazu benutzen möchten, ihm in den Rücken zu fallen und die Angriffsmacht zu unterstützen.

* Im Washingtoner Repräsentantenhause brachte der Deputirte Jackson (Tennessee) eine Resolution ein, welche das Vorgehen Englands, die Entscheidung des obersten Gerichtshofes in Washington in der Behringsmeerfrage anzuziehen, scharf verurtheilt und dasselbe für die Würde der Vereinigten Staaten beeinträchtigend erklärt.

* Im Lager zu Pineridge trafen mehrere Häuptlinge am Mittwoch ein und hielten mit dem General Miles Berathungen ab, in denen ein vollständiges Einvernehmen erzielt wurde. Darnach wäre der Friede wieder hergestellt: die Rothhäute hätten ihre Unterwerfung angeboten. General Miles hätte den Häuptlingen mehrere Tage bewilligt, um ihre Versprechungen einzulösen, und in das Lager einen Vorrath von Lebensmitteln gesandt. (Wiederholt.)

Aus dem Reichstage.

* Ueber die Mittwochs-Sitzung des Reichstages wird uns geschrieben:

Daß die wirthschaftlichen Fragen die schwierigsten sind, welche im staatlichen Leben überhaupt aufgeworfen werden können, hat die Donnerstags-Sitzung des Reichstages wieder einmal schlagend bewiesen. Es ist sehr leicht, Schlagworte für Parteizwecke zu formuliren, wie: „Die Kornzölle verheuern das Brod, sie kommen nur dem Großgrundbesitz zu Gute, den kleinen Landwirth schädigen sie in seinen Interessen", aber wenn die Richtigkeit dieser Schlagworte an der Hand der Thatsachen bewiesen werden soll, dann stößt man doch auf sehr starke Hindernisse. Der dritte Tag der Berathung über die Kornzölle war der interessanteste, und zwar aus dem Grunde, weil Klarheit darüber verbreitet wurde, daß ein großer Theil der Kleinbauern die Aufrechthaltung des Kornzolles ebenso wünscht wie die Großgrundbesitzer. Der Elsässer, Freiherr Zorn von Bulach, gab eine sehr beachtenswerthe Schilderung der ländlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen mit vergleichenden Bemerkungen über die Zollpolitik in Frankreich. Ueber 1200 der Kleinbauern in Elsaß-Lothringen haben sich für Aufrechterhaltung, ja sogar für Erhöhung der Kornzölle erklärt, weil sie durch die Getreidezölle unabhängiger vom Zwischenhandel und von der Börse geworden sind. Sie haben das Streben, in Bezug auf die Lohnsätze mit der Industrie concurrenzfähig zu werden. Es sind das etwa dieselben Verhältnisse wie in der Pfalz, über welche der Abgeordnete Bubl am ersten Berathungstage Mittheilungen in demselben Sinne machte, wie wir sie zwei Tage später aus dem Munde des Herrn von Bulach gehört haben. Es handelt sich dabei freilich um diejenigen Bauern, welche in der Lage sind, einen Theil des Getreides, welches sie ernten, zu verkaufen. Diese Gattung Bauern findet sich besonders in Süddeutschland, während in Norddeutschland, zumal in den östlichen Provinzen, die Kleinbauern im eigentlichen Sinne überwiegen, welche entweder nur so viel Getreide ernten, wie sie selbst gebrauchen oder weniger. Daraus ergiebt sich, daß der Kornzoll in verschiedenen Landestheilen verschieden wirkt, aber es ist sehr schwer zu sagen, ob der Zoll im Ganzen mehr Nutzen stiftet als Schaden für den Bauernstand oder umgekehrt. Hier die einander entgegenstehenden Interessen richtig abzuwägen, ist schwer, ja geradezu unmöglich, und deshalb gestaltet sich jede Verhandlung über Zollangelegenheiten erregt und heftig, die Bewahrung reiner Sachlichkeit ist nicht zu erreichen, es fallen stets scharfe Ausdrücke, welche Eingriffe des Präsidenten nöthig machen.

Die Berathungen des Reichstages über die Kornzölle haben aufs Neue bewiesen, daß Freihandel und Schutzzoll Begriffe sind, die sich nicht an sich als falsch oder richtig einander gegenüberstellen lassen, sondern daß darüber die Lage der Verhältnisse entscheidet. Wenn sich die Mehrzahl der europäischen Staaten für Schutzzollpolitik entscheidet, so kann der Rest nicht an dem Grundsatze des Freihandels festhalten, und wenn er es thut, so thut er es zu seinem Schaden. Die herrschende Strömung in Europa und noch mehr in Amerika ist schutzzöllnerisch, und das Heil der Zukunft liegt nicht darin, daß irgend ein Staat auf seine Verantwortung und Gefahr aus dem Kreise der Schutzzöllner heraustritt und sich den übrigen Staaten tributpflichtig macht, sondern die Umkehr ist nur möglich durch Zollbündnisse mit andern Staaten. Die Lehre von der Verschiedenheit der politischen und der wirthschaftlichen Interessen bedarf keiner näheren Auseinandersetzung, der beste Beweis dafür, daß ein politisches Bündniß auch ohne ein wirthschaftliches bestehen kann, ist durch das deutsch-österreichische Bündniß geliefert, welchem seit einer Reihe von Jahren keine wirthschaftliche Gemein-

SLUB
Wir führen Wissen.